



008036/EU XXV.GP
Eingelangt am 20/12/13

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 31. Oktober 2013
(OR. en)**

**14855/13
ADD 1**

**PV/CONS 47
ENV 926**

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3262. Tagung des Rates der Europäischen Union
(UMWELT) vom 14. Oktober 2013 in Luxemburg**

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

B-PUNKTE (Dok. 14494/13)

2. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen [erste Lesung]..... 3
4. CO₂-Emissionen – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 hinsichtlich der Festlegung der Modalitäten für das Erreichen des Ziels für 2020 zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen [erste Lesung]..... 4

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union) und sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

2. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2013/0239 (COD)

– Gedankenaustausch

12633/13 ENV 737 MI 666 RELEX 691 CODEC 1809

13873/13 ENV 842 MI 782 RELEX 843 CODEC 2070

Der Rat führte anhand von zwei vom Vorsitz vorbereiteten Fragen zu zwei Kernaspekten des Vorschlags, nämlich seinem Geltungsbereich und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen gleichen Mindestbedingungen und Flexibilität für die Mitgliedstaaten, einen Gedankenaustausch über den obengenannten Vorschlag.

Die Minister begrüßten den Vorschlag der Kommission im Allgemeinen und erkannten an, dass die illegale Abfallverbringung ein ernsthaftes Problem darstelle, gegen das wirksam vorgegangen werden müsse. Zwar unterstützten die Minister die Kontrollplanung grundsätzlich, viele Minister hatten jedoch Bedenken angesichts des Umfangs der geforderten Angaben, da hierdurch u.a. wertvolle Ressourcen gebunden würden, die für die Durchführung von Kontrollen nicht mehr zur Verfügung ständen. Einige Minister gaben ferner Richtlinien den Vorzug.

Die meisten Minister waren sich auch darin einig, dass relativ einheitliche Ausgangsbedingungen das Vorgehen gegen die illegale Abfallverbringung wirksamer machen würde, jedoch sei Vorsicht geboten, damit die Mitgliedstaaten eine ausreichende Flexibilität behielten, um der nationalen Lage Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus äußerte die Mehrheit der Minister Bedenken angesichts der obligatorischen Veröffentlichung der Kontrollpläne, da dies für alle jene, die an der illegalen Abfallverbringung beteiligt seien, einen beträchtlichen Vorteil bedeuten könnte und damit dem eigentlichen Ziel dieses Vorschlags zuwiderlaufe. Demgegenüber begrüßten viele Minister die Veröffentlichung der Kontrollergebnisse, da eine solche Information einen größeren Nutzen für die Öffentlichkeit hätte.

Abschließend begrüßten die Minister weitgehend die neuen Zuständigkeiten der Behörden für die Durchführung von Ermittlungen bei der Abfallverbringung und forderten eine stärkere Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander.

4. CO₂-Emissionen

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 hinsichtlich der Modalitäten für das Erreichen des Ziels für 2020 zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen [erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2012/0190 (COD)

- Analyse des endgültigen Kompromisstextes im Hinblick auf eine Einigung
12733/12 ENV 628 ENT 681 CODEC 1935
11550/1/13 ENV 637 ENT 205 CODEC 1602 REV 1

Der Rat befasste sich mit dem in Dokument 11550/1/13 REV 1 wiedergegebenen Kompromisstext und erklärte erneut, dass er bereit sei, mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung zu einer schnellen Einigung zu gelangen. Ferner sagte der Rat dem Vorsitz seine Unterstützung zu, gemeinsam mit der Kommission weiter mit dem Europäischen Parlament in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit auszuloten, eine gewisse Flexibilität zuzulassen und dabei insgesamt das Gleichgewicht beizubehalten, das mit dem im Juni erzielten Kompromiss gefunden wurde, um zu einer für alle zufriedenstellenden Lösung zu gelangen. Der Vorsitz sagte zu, die Delegationen über weitere Schritte auf dem Laufenden zu halten.
